Auszug aus **Context XXI**
http://contextxxi.org/durchs-historische-kurdistan-ii.html

erstellt am: 28. März 2024
Datum dieses Beitrags: Juni 1999

Durchs historische Kurdistan II

Die Zeit vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum heutigen Tag

„Aber wie sollte man glauben, ein Volk für immer unterdücken zu können, das auf seiner Freiheit besteht und auch bereit ist, den Preis dafür zu zahlen?“
Jawaher Lal Nehru 1935 über die Kurden

KAYOUMARS SHAHSAVARY

Es ist naheligend, daß die folgenden geschichtlichen Fakten in dieser Periode auch dem politischen Bewußtsein und Leben der Kurden ein neues Gesicht gegeben haben:

- Der Erfolg der iranischen Völker im Kampf gegen den Absolutismus, nämlich der Sieg der konstitutionellen Revolution von 1906-1911 im Iran, der darauffolgende Untergang der Qadjariden — Dynastie und der Aufstieg einer neuen Diktatur.
- Der Gründung von politischen Gruppierungen sowohl im Iran wie z.B. der Andjuman-e-Idjtema-iyun (ein sozialdemokratischer Verein) als auch auf dem Territorium des ehemaligen Osmanischen Reiches und jetzigen türkischen Staates wie z.B. Organisation der Jungtürken.
- Die grausamen Massaker an den Armeniern und ihre Verfolgung unter der osmanischen Verwaltung, der Untergang des Osmanischen Reiches, die nationalistischen Ziele des Kemal Pascha (Atatürk) und natürlich die Umwälzungen der beiden Weltkriege.

Durch diese Entwicklungen wurde aber auch das Schicksal des kurdischen Volkes in neue politische Bahnen gelenkt. In dieser Periode, vor allem nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, erlitt das kurdische Volk schmerzhaftes Unrecht und nicht wieder gutzumachenden Schaden, wie vor allem die Wiederaufteilng Kurdistans unter den neu gegründeten Staaten und eine in diesen Ausmaß nie dagewesene nationalistische Ausrottungspolitik.

Der Aufstand der Jungtürken im Jahr 1908 weckte bei den Kurden große Hoffnungen und führte kurzfristig zu einer liberalen Atmosphäre, in der kurdische Gesellschaften und politische Klubs gegründet wurden, parallel zu der liberalen Entwicklung nach der konstitutionellen Revolution im Iran.

Bereits kurz nach der Machtübernahme der Jungtürken setzte jedoch eine nationalistische Politik der Türkisierung ein, die erste kurdische Aufstände auslöste. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg hätte ein kurdischer Staat gegründet werden können und müssen. Denn einerseits bestand nach dem Untergang des Osmanischen Reiches ein Machtvakuum, so daß eine Neuordnung den verschiedenen Nationalitäten entsprechend erfolgen konnte. Andererseits hatten die Alliierten während des Krieges die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker lautstark betont und waren als Wohltäter der von den Osmanen unterdrückten Völker aufgetreten. Im Geheimen hatten sie allerdings bereits 1916 im Sykes-Picot-Abkommen das Gebiet unter sich aufgeteilt.

Auch nach dem Krieg ensprach die Propagierung kurdischer Autonomie oder eines kurdischen Staates zunächst dem Interesse der USA, Großbritanniens und der Türkei. Die USA waren vor allem an einem eigenständigen armenischen Staat interessiert.



NOTO KOSOWAR 4.23

BILD: CHRISTIAN HELBOCK

Großbritannien hatte neben Arbil und Kirkuk die erdölreiche Provinz Mosul besetzt, die nach dem Sykes-Picot-Abkommen jedoch Frankreich zustand. Es konnte dies nur mit dem Selbstbestimmungsrecht der Kurden und deren Wunsch, unter britischer Verwaltung zu stehen, begründen. Die Türkei wollte ebenfalls Mosul vereinnahmen und mußte hierfür die kurdische Bevölkerung auf ihre Seite ziehen.
Diese Motive führten dazu, daß im Vertrag von Servres vom August 1920 den Kurden vage Versprechungen gemacht wurden. Der Vertrag sah, in einem Viertel des osmanisch-kurdischen Gebietes lokale Autonomie vor. Außerdem sollten die Kurden dieses Gebietes beim Völkerbund einen eigenen Staat beantragen können, dessen Errichtung dann im Ermessen des Völkerbundes stünde.

Die Siegermächte haben jedoch keinerlei Schritte zur Realisierung dieses Vertrags unternommen, stattdessen solche in die entgegengesetzte Richtung, indem sie die Staaten Irak und Syrien gründeten.

Der Plan Großbritanniens, kurdische

Autonomie unter britischer Steuerung einzurichten, war nämlich nicht aufgegangen. Der von ihnen gerufene Scheikh Mahmoud ließ sich nicht zur Marionette machen, sondern strebte ein unabhängiges Kurdistan an. Großbritannien hatte aber kein Interesse, die Provinzen Mosul und Kirkuk an einen unabhängigen kurdischen Staat zu verlieren.

Auf der Konferenz von Lausanne im November 1922 arrangierten sich die Alliierten endgültig mit der von Atatürk regierten Türkei, die als Staat anerkannt wurde. Im Vertrag von Lausanne (24. Juli 1923) war von kurdischer Autonomie oder Unabhängigkeit keine Rede mehr, stattdessen wurde Kurdistan entgültig auf vier Staaten aufgeteilt. Kurz darauf begann Großbritannien, das südkurdische Gebiet brutal zu bombardieren.

Auf der Lausanne Konferenz hatte die türkische Delegation noch erklärt, die Türkei sei das Heim zweier völlig gleicher Nationen, der Kurden und der Türken, und sich vertraglich verpflichtet, den nichttürkischen Völkern Mindestrechte, wie den freien Gebrauch ihrer Sprache, zu gewähren.

Kaum war die Türkei jedoch anerkannt, zeigten die Kemalisten ihr wahres, extrem nationalistisches Gesicht. Alle gesetzlichen Rechte der Kurden wurden beseitigt, kurdische Schulen geschlossen, kurdische Publikationen verboten, die Existenz des kurdischen Volkes geleugnet und jedes Zeichen seiner Existenz unterdrückt .

Parallel hierzu begann durch den Aufstieg des Diktators Reza Schah die erneute Unterdrückung der Kurden in Iranisch-Kurdistan. Die Aufstände des 19. Jahrhunderts wurden nach der Aufteilung Kurdistan, in anderer Form, Art und Weise und in anderen Dimensionen wieder aufgenommen. Diese Aufstände wurden nun nicht nur von den Zentralregierungen, sondern auch von den alten Kolonialmächten aufs Schärfste bekämpft.

Jede Stimme für die Freiheit und die Rechte des Volkes wurde erstickt und jede Bewegung für Autonomie und Selbstverwaltung wurde seitens der Zentralregierungen brutal niedergeschlagen.
Obwohl die ersten politischen kurdischen Orgnisationen auf das Jahr 1908 zurückgingen, formierte sich die kurdische Nationalbewegung erst während des Zweiten Weltkriegs und wurde in den folgenden Jahren zu einer modernen organisierten Bewegung mit klarer politischer Ideologie.

Direkt nach dem 2. Weltkrieg bot sich den Kurden im Iranisch-Kurdistan unter dem Diktator Reza Schah die Chance auf Selbstbestimmung, und sie nutzten diese durch Errichtung der Mahabad-Republik in Iranisch-Kurdistan. Die autonome Regierung in Mahabad konnte ein Jahr in demokratischer Weise regieren und ist zum Symbol kurdischer Selbstbestimmung geworden.

1947 wurde sie von den Truppen der Zentralregierung zerschlagen, ihr Präsident, Qazi Mohammad, wurde öffentlich hingerichtet.

Auch die Zeit danach war bestimmt von totaler Unterdrückung in allen vier Ländern und starkem Widerstand dagegen, der brutaler denn je bekämpft wurde. Beispielhaft seien hier der kurdische Widerstandskampf im Irak unter dem legendären Führer Mullah Mustafa Barzani, und der jahrzehntelange Kampf der Kurden der demokratischen Parteien in Iranisch-Kurdistan bzw. in Türkisch-Kurdistan genannt.

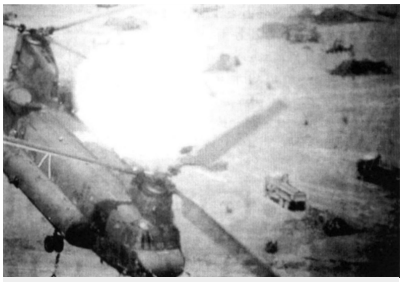
Von Komala J. K. zur DKP

Den ersten städtischen Erhebungen der Kurden (1930 in Sulaimaniya/Irak) folgte die Gründung der nationalistischen kurdischen Organistionen Hiwa, die im Jahr 1939 unter dem vorsitz Rafigh Hilmis und Mahmud Jawdats von kurdischen Intellektuellen in Suleimania gegründet wordenist, und Komala Jianawei Kurd (Organisation für die Wiederauferstehung Kurdistan), die von 11 Persönlichkeiten am 16. August 1942 in der Stadt Mahabad (Iranisch- Kurdistan) gegründet wurde. Die Komala J. K. war eine Untergrundorganisation, deren erklärtes Ziel die nationale Befreiung Kurdistans war.

In den Jahren 1943-1945 (als die Komala ihre politischen Anschauungen in der Zeitschrift „Nischteman“ (Heimat) veröffentlichte) zeigte sich deutlich, daß die Komala J. K. nicht mehr jene Organisation verkörperte, welche die ständig wachsende Bewegung der Volkmassen in Iranisch-Kurdistan anführen konnte und entwickelte sich zur Demokratischen Partei Kurdistan, die am 16. August 1945 in Mahabad gegründet wurde, wo sie ihr Parteiprogramm bekanntgab.

Die Gründung der DPK stellte einen bedeutsamen Wendepunkt in der Kampfgeschichte des kurdischen Volkes dar und symbolisierte zugleich den Entstehungsbeginn fortschrittlicher und moderner politischer Parteien und Orgnisationen.

Da in der Geschichte der kurdischen Nation nie eine solchermaßen fortschrittliche Partei mit einen festen Programm existiert hatte gewann die DPK von Anbeginn die Unterstütung aller Klassen und Schichten der kurdischen Gesellschaft und beendete die führende Rolle der traditionellen Stammesführer und geistlichen Führer. Die städtische Mittelklasse und die Intelligenzija wurden die allein dominierende Schichten.



NOTO KOSOWAR 4.12

BILD: CHRISTIAN HELBOCK



BILD: EMIL ĐONKIĆ, BLIC

Von 1950 bis zur Gegenwart kam es in Kurdistan zu zahlreichen Aufständen. Die bedeutendesten davon sind die folgenden:

1963-1975 Barzani Aufstand in Irakisch-Kurdistan, 1967-1968 Aufstand der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran, 1978-1990 Aufstand in Irakisch-Kurdistan, 1979-heute Erhebung der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran, 1983-heute Erhebung der PKK in der

Türkei. Alle diese Aufstände haben zu keinem Erfolg geführt.

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Kriegs sind hauptsächlich von Blockkämpfen um die Einflußnahme in der Region geprägt. Sowohl die westlichen Mächte als auch der Ostblock versuchten, die kurdische Bewegung für die Erreichung ihrer Ziele zu instrumentalisieren.

Die Zeit nach dem Kalten Krieg sollte die Entfaltung der Demokratie und Entstehung eines Völkerpluralismus in der Region des Nahen und Mittleren Ostens ermöglichen.

Doch ging die Praxis der US-Regierung und ihre westlichen Verbündeten genau in die gegenteilige Richtung. Ein Beispiel dafür ist der türkische Teil Kurdistans. In dem über 15 Jahre andauernden Krieg wurden nach offiziellen Quellen über 3.000 Dörfer zerstört, mehr als 4 Millionen Kurden aus ihrer Heimat in den Westen und ins Landesinnere vertrieben und weitere 2 Millionen zwecks besserer Überwachung in den Städten zusammengedrängt.



NOTO KOSOWAR 4.12

BILD: CHRISTIAN HELBOCK



BILD: IMRE SABO

Mit der Ankunft des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in Italien eröffnete sich eine konkrete Perspektive, den Krieg in Kurdistan auf einem friedlichen Weg zu beenden. Seit November 1998 haben mehrere europäische Länder Abdullah Öcalan — still und leise — das Asylrecht verweigert. Letzten Endes hat Europa Öcalan allein gelassen und damit Öcalans Verschleppung in die türkischen Folterkammern verursacht.

In diesem Zusammenhang sollten wegen der Verhaftung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan, der wegen angeblichem „Hochverrat am Vaterland“, in Wirklichkeit aber wegen Verteidigung der Rechte des kurdischen Volkes vor Gericht gestellt wurde, Internationale Gemeinschaften und insbesonder s die europäischen Länder, alles unternehmen um das Todesurteil gegen ihn zu verhindern und darüber hinaus eine friedliche Lösung für die Kurden in der Türkei zu suchen.

Mag sein, daß im jahrelangen Widerstand der PKK auch unschuldige Menschen getroffen wurden, aber alle wissen, daß dieser Widerstand in der Türkei eine eindeutige Reaktion gegen die Politik der türkischen Regierung ist. Obwohl es Zeit ist, daß die Friedens- und Gerechtigkeitliebenden nicht zulassen, daß die Zukunft von mehr als 15 Millionnen Kurden aus der Türkei nur mehr in der Person von Adullah Öcalan reflektiert wird, und daß er schließlich im Namen von Verrat exekutiert wird.

Oder die iranischen Kurden, die seit 20 Jahren nach der Machtergreifung von Komeini am deutlichsten an der Unterdrückung der Kurden zeigt, bombadierten die kurdische Dörfer und brachten hunderte Frauen und Kinder um, Sie trieben Tausende kurdische Fammilie durch miliärische Operationen über die Grenze nach Irak, sie erschossen hunderte Freiheitskämpfer, die für Demokratie in Iran und für eine Autonomie Kurdistan kämpfen, sie machten viele Dörfer den Erdboden gleich und führten eine Krieg, der an Völkermord in grenzte.

Und sie ermordeten die iranisch-kurdischen Politiker in Ausland wie Dr. Abdoul Rahman Gassemliou, Generalsekretär der DPK Iran, in Wien, am 13.Juli 1989 und seinen Nachfolger Dr. Said Scharafkandi in Berlin 1992. Die Lösung für ethnische Probleme bei dem iranischen Regime ist, daß alle Moslems sind und jede Art Diskussion über Kurden, Azerbadjaner und etc. uns auseinander reißen und unserer moslemischen Solidarität schaden wird.

Und für die Beziehungen, die die USA und EU aufbauen wollen, heißt das, daß die Interessen der Kurden und der Opposition weiter geschwächt werden und auch dort den Plänen der westlichen Mächte geopfert werden.

Vor siebzig Jahren wurden die Kurden als Barbaren bezeichnet, den Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden stellte die Türkei dem Westen gegenüber dar als einen Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei. Heute heißt der Genozid an den Kurden Kampf des türkischen Staates gegen den Terrorismus und wird auch im Westen als solcher betrachtet.

Das Kurdenproblem ist ein us-amerikanisches und europäisches Problem und sie sind dafür verantwortlich.

Wenn die NATO Angriffe zur Verteidigung eines kleinen und hilflosen Volkes fliegt, werden diese von Kurden begrüßt und für richtig gehalten, damit die Internationale Gemeinschaft sich nicht mehr von Einmischungen in innere Angelegenheiten anderer Länder zurückziehen kann und der Völkervernichtung einfach nur zuschaut.

Die Kurden wollen jedoch nicht, daß die anderen Länder Truppen zu ihnen senden und sie verteidigen. Aber ist das Kurdenproblem, das mehr als 30 Millionen Menschen betrifft, wirklich nicht so viel wert, als daß die wichtigsten Entscheidungsgremien der Welt sich nicht darüber den Kopf zerbrechen könnten, um für Kurdistan eine friedliche Lösung zu erzielen? Zweifellos wird so etwas einerseits einen dauerhaften Frieden und Stabilität für Nahen Osten bringen, anderseits die Sicherheit und Stabilität der jeweiligen Länder sichern. Natürlich wird das auch ein großer Schritt in Richtung Menschenrechte sein, wenn die NATO und EU keinen Versuch machen, die Kurden weiter zu spalten.

Kayoumars Shahsavary: Kayoumars Shahsavary ist Mitarbeiter des Vereins demokratischer StudentInnen aus Iranisch-Kurdistan.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei

der Autorin des Artikels